

Antrag

der Fraktion der AfD

Tanken darf in Thüringen kein Luxus sein – staatliche und konzernseitige Preistreiberei beenden und Kraftstoffpreise senken

I. Der Landtag stellt fest:

1. Für Millionen Bürger in Deutschland ist das Auto kein Luxusgut, sondern unverzichtbarer Bestandteil des Alltags. Gerade im ländlich geprägten Thüringen sind viele Menschen auf das eigene Fahrzeug angewiesen, um zur Arbeit zu gelangen, ihre Kinder zur Schule zu bringen, Angehörige zu versorgen oder alltägliche Besorgungen zu erledigen. Eine funktionierende individuelle Mobilität ist damit eine grundlegende Voraussetzung für gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe und zugleich Ausdruck bürgerlicher Freiheit und Selbstbestimmung.
2. Die zuletzt stark gestiegenen Kraftstoffpreise stellen für Bürger, den Mittelstand, insbesondere auch das Handwerk, Landwirtschaft sowie Logistikunternehmen eine erhebliche Belastung dar. Dies gilt besonders für Regionen mit geringerer Abdeckung mit öffentlichem Personennahverkehr und entsprechend stärkerer Abhängigkeit vom Individualverkehr – was auf weite Teile Thüringens zutrifft. Zugleich sind die Kraftstoffpreise in Thüringen derzeit innerhalb des Bundesgebiets mit am höchsten. Preissteigerungen von teilweise rund 20 Cent innerhalb von 48 Stunden verdeutlichen die hohe Volatilität der Preise und sind für Verbraucher kaum nachvollziehbar.
3. Steigende Kraftstoffpreise wirken sich über den Bereich des individuellen Verkehrs hinaus auf die gesamte Volkswirtschaft aus. Sie verteuern Warentransport, Warenproduktion sowie Dienstleistungen und tragen damit zur allgemeinen Preissteigerung bei, wovon beispielsweise auch Lebensmittelpreise betroffen sind.
4. Der überwiegende Teil des Kraftstoffpreises entfällt auf staatliche Steuern und Abgaben. Energiesteuer, CO₂-Abgabe sowie Mehrwertsteuer machen zusammen genommen über 60 Prozent des Endpreises aus. Der Staat ist damit selbst ein wesentlicher Treiber der hohen Kraftstoffpreise und profitiert zugleich in erheblichem Umfang von deren Anstieg.
5. Darüber hinaus bestehen Hinweise darauf, dass Preiserhöhungen auf dem Kraftstoffmarkt nicht ausschließlich durch gestiegene Rohöl- oder Beschaffungskosten zu erklären sind. Vertreter von Tankstellenbetreibern und Branchenverbänden betonen wieder-

holt, dass Mineralölkonzerne geopolitische Krisen sowie erwartete Preissteigerungen teilweise frühzeitig und übersteigert in die Endverbraucherpreise einrechnen, während Preissenkungen bei einer Entspannung der Lage nicht im gleichen Umfang weitergegeben werden. Solche Bereicherungsstrategien auf Kosten von Verbrauchern und Wirtschaft müssen konsequent aufgeklärt und wirksam begrenzt werden.

6. Angesichts dieser Entwicklung bedarf es einer spürbaren Entlastung bei den Kraftstoffpreisen. Eine deutliche Senkung der staatlichen Steuern und Abgaben auf Kraftstoffe und die Erarbeitung einer tragfähigen Strategie zur Bekämpfung konzernseitiger Bereicherungsstrategien sind erforderlich, um das Tanken für Bürger und Wirtschaft wieder bezahlbar zu machen und weiteren Preissteigerungen entgegenzuwirken.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen,
 - a) die CO₂-Abgabe unverzüglich außer Kraft zu setzen und perspektivisch vollständig abzuschaffen;
 - b) die Mehrwertsteuer auf Kraft- und Heizstoffe mindestens temporär von derzeit 19 Prozent auf den ermäßigten Steuersatz von sieben Prozent abzusenken;
 - c) die Energiesteuer auf das europarechtlich zulässige Mindestniveau abzusenken;
2. sich auf allen Ebenen für Maßnahmen einzusetzen, die eine größere Transparenz bei der Preisbildung entlang der gesamten Wertschöpfungskette von Kraftstoffen gewährleisten;
3. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, die Energieversorgung Deutschlands stärker zu diversifizieren und dabei auch die Wiederaufnahme von Lieferungen von Erdöl und Erdgas aus Russland einzubeziehen, um das Angebot auf dem Energie- und Kraftstoffmarkt zu stabilisieren, Versorgungssicherheit zu erhöhen und preissteigernden Entwicklungen entgegenzuwirken;
4. dem Landtag eine Strategie vorzulegen, wie die Landeskartellbehörde und der Verein Verbraucherzentrale Thüringen rechtlich, personell und sachlich so ausgestattet werden können, dass sie Preisentwicklungen auf dem Kraftstoffmarkt wirksam analysieren und gegen wettbewerbswidrige Absprachen, unlauteren Wettbewerb sowie missbräuchliche Preisgestaltung vorgehen können; die Strategie soll zudem darlegen, wie beide Einrichtungen in die Lage versetzt werden, auch gegenüber überhöhten Preisentwicklungen und möglichen Bereicherungsstrategien großer Mineralölkonzerne aktiv zu werden und hierbei verstärkt mit Behörden und Einrichtungen anderer Länder sowie auf Bundesebene zusammenzuarbeiten.

Begründung:

Die stark gestiegenen Kraftstoffpreise stellen für zahllose Bürger und Unternehmen eine erhebliche finanzielle Belastung dar. In Thüringen haben sich die Preise innerhalb kurzer Zeit sprunghaft erhöht; in einzelnen Regionen könnten die Literpreise auf 2,50 Euro für Dieseltreibstoff ansteigen. Gerade in Thüringen, wo viele Menschen im ländlichen Raum leben und auf die Nutzung des privaten Personenkraftwagens angewiesen sind, wirken sich steigende Kraftstoffpreise unmittelbar auf den Alltag aus und bringen viele Haushalte in ein ernstes finanzielles Bedrängnis.

Im Jahr 2025 entfielen in Deutschland durchschnittlich 61,1 Prozent des Kraftstoffendpreises auf Steuern und Abgaben. Diese setzten sich aus

der Energiesteuer (etwa 37,6 Prozent des Endpreises), der CO₂-Abgabe (etwa 7,5 Prozent) sowie der Mehrwertsteuer (etwa 16 Prozent) zusammen. Der Staat ist damit einer der größten Kostentreiber beim Tanken und profitiert zugleich von steigenden Preisen.

Die Größenordnung dieser Belastung wird durch eine Beispielrechnung deutlich. Bei einem angenommenen Kraftstoffpreis von 2,00 Euro pro Liter entfallen rund 65,4 Cent auf Energiesteuer, 31,9 Cent auf Mehrwertsteuer sowie 16 Cent auf die CO₂-Abgabe, während ein vergleichsweise geringer Anteil von 86,6 Cent auf Kosten und Gewinne der Anbieter entfällt. Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen – der Aussetzung der CO₂-Abgabe, der Senkung der Energiesteuer auf das europäische Mindestniveau sowie der mindestens temporären Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Kraft- und Heizstoffe auf sieben Prozent – könnte sich der Preis in diesem Beispiel von 2,00 Euro auf etwa 1,46 Euro pro Liter reduzieren. Dies entspräche einer Entlastung von rund 54 Cent pro Liter.

Geopolitische Entwicklungen, Marktmacht der Ölkonzerne und Preismechanismen führen immer wieder zu kurzfristigen und starken Preissprüngen, deren Ursachen für Verbraucher häufig nur schwer nachvollziehbar sind. Vor diesem Hintergrund ist es geboten, eine größere Transparenz bei der Preisbildung zu schaffen und eine faire Preisgestaltung auf dem Kraftstoffmarkt sicherzustellen.

In diesem Zusammenhang ist es zu begrüßen, dass das sogenannte „Österreich-Modell“ nun umgesetzt werden soll, wonach Preiserhöhungen an Tankstellen künftig nur noch einmal täglich erfolgen dürfen, während Preissenkungen weiterhin jederzeit möglich bleiben. Dadurch soll die Preisdynamik an den Zapfsäulen gedämpft und mehr Transparenz für Verbraucher geschaffen werden.

Von zentraler Bedeutung für die Preisstabilität ist eine sichere und breit diversifizierte Energieversorgung. Dazu gehört auch, die Wiederaufnahme von Öl- und Gaslieferungen aus Russland in die Überlegungen einzubeziehen. Eine Ausweitung des Angebots auf den Energiemärkten kann dazu beitragen, Preisdruck zu reduzieren und die Versorgung mit Energie und Kraftstoffen langfristig stabil zu halten.

Darüber hinaus ist es geboten, auch auf Landesebene die Voraussetzungen für eine wirksamere Bekämpfung von Bereicherungsstrategien der Mineralölkonzerne zu schaffen. Das Landeskartellamt und der Verein Verbraucherzentrale Thüringen müssen hierzu ertüchtigt werden. Daher soll die Landesregierung dem Landtag eine Strategie vorlegen, die darlegt, wie diesbezüglich die rechtlichen, personellen und sachlichen Voraussetzungen verbessert und eine verstärkte Zusammenarbeit mit Behörden anderer Länder sowie auf Bundesebene organisiert werden können.

Bezahlbare Mobilität ist eine zentrale Voraussetzung für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Teilhabe und gute Lebensverhältnisse in Thüringen. Daher ist die Landesregierung aufgefordert, sich auf allen Ebenen für Maßnahmen einzusetzen, die Autofahrer spürbar entlasten und die Preisentwicklung an der Zapfsäule wirksam und langfristig zu dämpfen.

Für die Fraktion:

Muhsal